

Stadt Hildesheim

1. Änderung des
Bebauungsplans HN 144 B
"Hafen Süd - West"

Fachbereich
Stadtplanung

08/01

Rechtsgrundlagen

Für die 1. Änderung des Bebauungsplanes HN 144 B „Hafen Süd-West“ gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 27. August 1997, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juli 2001
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993

§ 1

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes HN 144 B erstreckt sich über das gesamte Gebiet dieses Bebauungsplanes (siehe Übersichtsplan, Seite 1).

§ 2

Bestehende Festsetzungen

Alle Festsetzungen des Bebauungsplanes HN 144 B bleiben erhalten, soweit sie durch § 3 nicht berührt werden.

§ 3

Zulässigkeit von Handelsnutzungen

In den Industriegebieten ist Einzelhandel nicht zulässig. Der Verkauf an Endverbraucher kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn er nach Art und Umfang in eindeutigem Zusammenhang mit der Produktion, der Ver- und Bearbeitung von Gütern einschließlich Reparatur- und Serviceleistungen der Betriebsstätte steht.

(Ausschluß gem. § 1 Abs. 9 BauNVO)

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Hildesheim, den
Bereich Vermessung und Geodaten

Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.

Hildesheim, den 03.09.01

Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung
gez. Pülz

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Verwaltungsausschuss der Stadt in seiner Sitzung am 11.06.01 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 23.06.01 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 25.06.01 bis 20.07.01. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Hildesheim, den 26.07.01
Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

Pülz

Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 24.09.01 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Hildesheim, den 25.09.01

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Pülz

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 05.10.01 bis 05.11.01 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Die Auslegung ist am 26.09.01 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.

Hildesheim, den 08.11.01
Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

Pülz

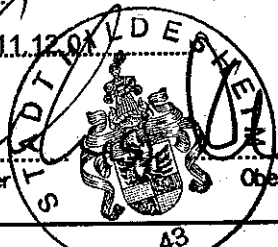
Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen gem. § 3 Abs. 3 Satz 3 BauGB geändert. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am der Änderung zugestimmt.

Hildesheim, den

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 10.12.01 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 11.12.01
Oberbürgermeister
Oberstadtdirektor



Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) am 19.12.01 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 19.12.01 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 20.12.01

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage
Pülz

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 19.12.2002

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

gez. Kraaz

Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 22.12.2008

Der Oberstadtdirektor
im Auftrage

gez. Kraaz